

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 12. März 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 011/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Buenos Aires am 06.03.1990	2
2) Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Montevideo am 08.03.1990	6
3) Beziehungen EG/EFTA-Länder: Sitzung der EFTA High Level Steering Group (HLSG) vom 6./7. März 1990 in Genf	8
4) Bilaterale Wirtschaftsgespräche mit Oesterreich	13
5) 34. Tagung der Kommission über die Rechtsstellung der Frau (Wien, 26. Februar bis 9. März 1990)	15
6) Conférence mondiale sur l'éducation pour tous - répondre aux besoins d'apprentissage de base Jomtien, du 4 au 9 mars 1990	16
7) Réunion de la "Task Force for Child Survival"	18

besuch staatssekretaer jacobi in buenos aires, 6.3.1990

1.  
jac fuehrte am 6.3. einen umfassenden tour d'horizon politique mit seinem gegenueber staatssekretaer mario campora. jac wurde ebenfalls vom aussenminister cavallo und praesident menem zu einem substantiellen gespraech empfangen. weitere kontakte mit vertretern von parlament, verwaltung und wirtschaft (inkl. schweizerische wirtschaftsvertreter) ergaben sich anlaesslich zweier offizieller essen und einem empfang in der residenz fuer die vertreter der schweizerkolonie.

die gespraechen waren ueberschattet von der sich drastisch zuspitzenden wirtschaftskrise, die das politische geschehen dominiert und die zukunft der regierung menem als ungewiss erscheinen laesst.

die wichtigsten themen bei allen diskussionen waren:

- die wirtschaftskrise und die lage der nation (die regierung menem hatte am 4.3. ein drastisches wirtschaftspaket, das auch notstandsmassnahmen umfasst, erlassen).
- die argentinische regierung bekennt sich klar zur lateinamerikanischen und weltweiten integration, zur oeffnung der wirtschaft nach aussen und zur abkehr von einer (wirtschaftlichen) isolierung.
- die wiederaufnahme der diplomatischen beziehungen mit grossbritannien (das mandat wurde am 28.2.90 formell zurueckgegeben), grosser dank an die schweiz fuer langjaehrige interessenvertretung und unterstuetzung der annaeherung.
- die schweiz geniesst in argentinien ausgesprochen viel goodwill, entsprechende bedeutung wird von argentinischer seite der schweizerischen beurteilung ihrer (wirtschafts)lage beigemessen.
- bilateral stent der (moeglicherweise baldige) abschluss eines investitionsschutzabkommens im vordergrund, das erste derartige abkommen fuer argentinien. man verspricht sich damit einen beitrag zur verbesserung der wirtschaftlichen rahmenbedingungen (vertrauensbildend fuer investoren).

jac stellte folgendes in den mittelpunkt:

- die schweiz ist - trotz oder gerade wegen - der europaprioritaeten entschlossen, die beziehungen mit ueberseestaaten nicht zu vernachlaessigen, sondern weiter zu intensivieren.
- die schweiz begruesst die grossen fortschritte lateinamerikas zur demokratisierung.
- die schweiz begruesst grundsuetzlich das umfassende wirtschaftsreformprogramm der regierung menem und ist, wo moeglich auch zur punktuellen hilfeleistung bereit, namentlich zur verbesserung der wirtschaftlichen rahmenbedingungen, z.b.:  
investitionsschutzabkommen, spaeter evtl. doppelbesteuerungsabkommen, aushandlung eines 3. umschuldungsabkommens im rahmen des club de paris.

## 2. gespraech mit praesident menem

m aeussert sich zur lage der nation. argentinien sei wie die anderen entwicklungs-laender in einer tiefen, langen krise, die sich jetzt noch verschaeerft habe. die hyperinflation verhindere bisher eine erfolgreiche reformpolitik. alle bisherigen massnahmen (auch der frueheren regierung) seien gescheitert. die regierung ist entschlossen, das radikale, harte liberalisierungsprogramm durchzuziehen, auch auf kosten allfaelliger unpopulaeritaet. es gebe keinen weg zurueck, in erster linie gehe es darum, die derzeitig un-rechtmaessigen privilegien des staats im staat zu eliminieren. die staatlichen zustaendigkeiten im wirtschaftsbereich muessen radikal abgebaut werden (privatisierung), um ein ver-nuenftiges investitionsklima zu schaffen. das ist gemaess m heute noch nicht vorhanden, beweis dafuer sind 40 mia us-dollar fluchtkapital. m spricht sich gegen ein ideolo-gie-behaftetes vorgehen aus, notwendig seien ideen und prag-matisches denken. (m schwebt eine art soziale marktwirt-schaft im sinne von brd-kanzler erhardt vor.)

jac begruesst die absicht der regierung menem, die markt-wirtschaft und den freien kapitalfluss zu foerdern. dies sind grundpfeiler des schweizerischen wirtschaftssystems. ein bilaterales investitionsschutzabkommen koennte einen wertvollen beitrag leisten.

m gibt seiner grossen bewunderung fuer die schweiz (re-gierungssystem, wirtschaftsmodell) ausdruck. er bedauert die aufgrund interner probleme erfolgte absage seiner europareise und schweizbesuch im februar und hofft, diese reise noch ende 1990, oder spaetestens zum zeitpunkt des naechstjaehrigen davoser-symposiums nachholen zu koennen.

## 3. gespraech mit aussenminister cavallo:

c dankt fuer schweizerische unterstuetzung bei normali-sierung der beziehungen gb-argentinien. der eigentliche anlass zum durchbruch sei die von botschafter keusch an-laesslich letztjaehriger inauguration menems ueberbrachte persoentliche botschaft von premierministerin thatcher ge-wesen. argentinien verspricht sich von der normalisierung auch eine politische und vor allem wirtschaftliche inten-sivierung der beziehungen zur eg. anfang april wird c in bruessel ein rahmenabkommen betreffend wirtschaftliche zu-sammenarbeit eg-argentinien unterzeichnen. dieses regelt die wirtschaftliche (landwirtschaft, industrie, div. sektoren) und finanzielle bilaterale zusammenarbeit. dieses abkommen enthaelt u.a. eine evolutiv-klausel (ausweitung des ver-trages gemaess zukuenftigen vertraegen der eg mit dritt-staaten) und demokratie-klausel (vertrag ist vom bestand der demokratie in argentinien abhaengig).

c, selber wirtschaftsfachmann, gesteht ein, dass die regie-rung der derzeitigen wirtschaftskrise in gewissem sinne machtlos gegenueber steht. alle bisherigen rezepte haetten nicht gewirkt. es werde sich bald zeigen, ob das neue massnahmenpaket (drastische ausgabenkuerzungen und gewisse mehreinnahmen, z.b. erhoehung der exportzoelle bei land-wirtschaftsprodukten (sic) greifen werde. die regierung hofft, dass jetzt der wendepunkt erreicht sei, andernfalls bestene die gefahr, dass das politische system von der wirtschaftskrise in frage gestellt werde.

- 4 -

## 4. gespraech mit staatssekretaer campora:

bilaterale beziehungen:

diese sind gesamthaft sehr gut.

- auslieferungsabkommen/abkommen betr. rechtshilfe in strafsachen: jac erklaert, die zustaendigen stellen in der schweiz seien daran, die im november 89 von argentinischer seite zugestellten vertragsentwuerfe zu pruefen. die zusammenarbeit auf der bisherigen basis funktioniere an sich recht gut, eine dringende behandlung draenge sich deshalb nicht auf.
- investitionsschutzabkommen: dieses fuer argentinien eindeutig wichtigste bilaterale punkt scheint nicht weit von einer loesung entfernt zu sein. die an der letzten verhandlungsrunde noch offene frage der behandlung von schweizern mit wohnsitz in argentinien (nachwirkungen der calvo-doktrin) sei fuer argentinien kein problem mehr. interne meinungsverschiedenheiten bestehen noch hinsichtlich des freien transfers von gewinnen bei zahlungsbilanzschwierigkeiten. diese internen diskussionen werden aber gemaess c demnaechst fuer die schweiz zufriedenstellend geregelt werden. ein abschluss des abkommens sollte deshalb an naechster verhandlungsrunde moeglich sein.
- doppelbesteuerungsabkommen: interesse beidseitig. argentinien will jedoch zuerst noch die eigene neue steuergesetzreform konsolidieren, bevor eigentliche verhandlungen aufgenommen werden sollen (argentinien ist bereit, auf basis oecd-modell zu diskutieren).
- erg: c nimmt zur kennntnis, dass schweizerischerseits eine gewaehrung der erg unter den gegenwaertigen rahmenbedingungen nicht moeglich ist, auch nicht in einzelfaellen.
- rahmenabkommen: argentinien ist, inspiriert von den gespraechen von praesident salinas, mexiko, auch an einem rahmenabkommen interessiert. erste fuehler werden ausgestreckt, wobei zur kennntnis genommen wird, dass die gespraechen mit mexiko noch in einer explorationsphase stehen. intern sollen die zwei moeglichkeiten geprueft werden: vorgaengige absichtserklaerung oder abkommen am schluss der ausgehandelten einzelvertraege als ''chapeau''.
- 700-jahrfeier: argentinien ist an beitrag zur feier interessiert. der vorschlag fuer die herausgabe einer sonderbriefmarke wurde positiv aufgenommen. ins auge gefasst werden ferner diverse kulturelle veranstaltungen.
- besuch praesident menem in der schweiz: siehe gespraech mit menem.

## internationale wirtschaftsfragen:

- gatt: botschafter otrera gibt sich unzufrieden mit dem bisherigen verlauf der verhandlungen. er sieht die gefahr eines missverhaeltnisses zwischen konzessionen der entwicklungs-laender in den neuen bereichen und einer harten haltung der industrielaender in der zentralen frage des marktzuganges wo bisher nur minimale fortschritte erzielt worden seien. dazu gehoert selbstverstaendlich auch der landwirtschaftsbereich. jac erlaeutert die schweizerische haltung. namentlich weist er darauf hin, dass die schweiz verstaendnis habe fuer das anliegen eines ausgeglichenen resultates, von dem alle vertragsparteien profitieren koennen. die schweiz messe einem erfolg der uruguay-runde prioritaeere bedeutung bei, dies auch komplementaer zur ewr-verhandlung. ein erfolg der uruguay-runde sei auch garant fuer eine verhinderung einer festung europa. entscheidend sei fuer die schweiz auch, dass der bestehende terminkalender eingehalten werde.
- ewr: jac erlaeutert die schweizerische ewr-politik.
- lateinamerikanische integration: argentinien sieht fortschritte und zunehmendes potential fuer eine lateinamerikanische integration, dazu traegt auch die demokratisierung des kontinents bei. im vordergrund steht fuer argentinien nicht unbedingt die kontinentale integration (aladi), sondern die regionale, bzw. subregionale integration in bilateralen, bzw. multilateralen abkommen (brasilien, chile, uruguay, paraguay).

## zentralamerika / kuba:

- kuba: c zeigt sich aeusserst kritisch zur entwicklung, bzw. stagnation in kuba. kuba sei wohl neben nordkorea das einzige land, das sich vom zeitgeist in osteuropa abschotte. die distanz zu lateinamerika werde dadurch wieder groesser.
- nicaragua: c begruesst die durchfuehrung von demokratischen wahlen und ist verhalten optimistisch.
- panama: es gelte jetzt abzuwarten, ob ein plebiszit die derzeitige regierung noch formell legitimiere. im uebrigen bedauert c, dass sich die oas und verschiedene lateinamerikanische staaten (mexiko) nicht frueher fuer eine entfernung von noriega verwendet, bzw. sich nicht widersetzt haetten. damit haette die nicht zuvertretbare intervention der usa wohl vermieden werden koennen.

besuch staatssekretaer jacobi in montevideo am 8. maerz 1990.

1) zweite etappe der lateinamerikareise von staatssekretaer jacobi war montevideo, wo er am 8. maerz gespraechе mit ausseminister hector gros espiell, wirtschafts- und finanzminister enrique braga und dem staatssekretaer im ausseministerium, eduardo mezzera, fuehrte. weitere kontakte mit vertretern der verwaltung ergaben sich an einem von botschafter rial offerierten mittagesse.

diese gespraechе stellten eine erste kontaktnahme mit der neuen regierung von praesident lacalle dar, die nach dessen amtseinsetzung am 1. maerz 1990 erst vor wenigen tagen die arbeit aufgenommen hatte. mit dem regierungswechsel von den colorados zu den blancos (d.h. nationalpartei) wurden nicht nur alle regierungsmitglieder ausgewechselt, sondern auch die ganze spitze der verwaltung.

mit am gros espiell hat ein aeusserst erfahrener und gewiegter diplomat das ausseministerium uebernommen (frueher sonderbeauftragter des un-generalsekretaers fuer die westsahara und jetzt kandidat fuer die im herbst 1990 stattfindende wahl eines richters in den internationalen gerichtshof).

die liberal/konservative regierung lacalle, welche die colorado-partei als junior-koalitionspartner in die regierung aufnehmen musste, hat sich mit einem umfassenden wirtschaftsreform-programm, das eine weitgehende liberalisierung und privatisierung des uruguayischen wirtschafts- und staats-

apparates anstrebt, ein ambitioeses ziel gesetzt. ein angesichts des traditionellen uruguayischen konzepts des "versorgerstaates", der gegenwaertigen wirtschaftskrise (wenn auch nicht im ausmasse argentinien's inflation) und der recht starken opposition, nicht leichtes unterfangen.

jac unterstrich das schweizerische interesse an einer vertiefung der beziehungеn zu lateinamerika, trotz europaprioritaeten, und begruesste wie in buenos aires die bemuehungen auch der hiesigen regierung um liberalisierung, privatisierung der wirtschaft und schaffung verbesserter rahmenbedingungen fuer investitionen. die regierung will das 1988 unterzeichnete, aber vom parlament noch nicht ratifizierte bilaterale investitionsschutz-abkommen moeglichst rasch zur ratifikation bringen.

bilaterale beziehungеn insgesamt sehr gut und ohne spezielle probleme.

uruguay spielt weiterhin eine aktive rolle in der lateinamerikanischen konsultationsgruppe der '8', dessen sekretariat derzeit von peru gefuehrt wird. naechstes am-ministertreffen am 29./30. maerz in mexico, wo ueber erweiterung der achtergruppe um chile, bolivien, equador und paraguay diskutiert werden wird (uruguay positiv, aber konsens notwendig). weitere g-8-treffen auf ausseminister-ebene: mit eg (10.4. in dublin), und als premiere mit osteuropaeischen laendern, inkl. jugoslawien, evt. auch udssr (12.4. in budapest).

## 2. bilaterale fragen

diese werden von beiden seiten als traditionell gut und ohne schwerwiegende probleme bezeichnet.

### - investitionsschutzabkommen:

die neue regierung ist entschlossen, die diversen bilateralen investitionsschutzabkommen (mit der schweiz 1988 unterzeichnet, weitere abkommen mit brd, nl, b, usa, japan, i, bulgarien, ungar) zur raschen ratifikation zu bringen. man sieht darin ein bekenntnis und ein instrument zur liberalen wirtschaftspolitik. die aussenpolitische kommission des senats hat am 8.3.90 mit knapper mehrheit dem investitionsschutz-abkommen mit der brd sowie einem doppelbesteuerungs-abkommen mit der brd zugestimmt. opposition verursacht noch immer die frage des schiedsgerichtes (ausschluss der clausel), die getroffene regelung wird jedoch vom rechts-experten am gros espiell als verfassungskonform erachtet. er rechnet mit einer baldigen ratifizierung des abkommens.

### - doppelbesteuerungsabkommen:

uebereinstimmung herrscht, dass ein dba eine sinnvolle ergaenzung des investitionsschutzabkommens bilden wuerde.

### - dienstleistungssektor:

jac bekundet das schweizerische interesse einer oeffnung des dienstleistungssektors, namentlich im bereiche der versicherungen und der banken. die regierung lacalle strebt gemaess wirtschaftsminister braga eine voellige oeffnung des versicherungssektors und eine abschaffung des staats-monopols im bankensektor an. dies ist aber angesichts der internen opposition nur schrittweise zu verwirklichen. im versicherungsbereich stent als erster schritt eine oeffnung fuer auslaendische versicherer im bereiche der haftpflicht- und lebensversicherung in aussicht, im bankenbereich ein verkauf der nicht rentablen halb-staatlichen bankinstitute.

## 3. gait.

beidseitig wird einem erfolgreichen, ausbalancierten und fristgemaessen ergebnis der uruguay-runde grosse bedeutung beigemessen. selbstverstaendlich ist uruguay besonders an zaehlbaren ergebnissen im landwirtschaftsbereich interessiert. in der frage des geistigen eigentums will uruguay keine obstruktions-politik betreiben, wenn unter industrie-laendern und gewissen asiatischen laendern verbindliche fortschritte erzielt werden.

**Beziehungen EG/EFTA-Länder: Sitzung der EFTA High Level Steering Group (HLSG) vom 6./7. März 1990 in Genf**

---

Hauptgegenstand der zweitägigen Sitzung der Vertreter der EFTA-Länder (schweizerischerseits unter Leitung von Staatssekretär F. Blankart und zeitweilig von Botschafter J. Kellenberger) waren

- Berichte der fünf Arbeitsgruppen (AG)
- Erarbeitung einer EFTA-Plattform
- weiteres Vorgehen

1. In der Darlegung ihrer Berichte äusserten sich die Verantwortlichen der AG I-IV über den Stand der vorläufigen Bestimmung des relevanten "Acquis communautaire" (EG-Recht) und der vorläufigen Identifikation der Probleme sowie zur sogenannten Komitologie.

11 In bezug auf die vorläufige Bestimmung des relevanten Acquis sind im Bereich der AG I (Warenverkehr) und AG II (Kapitalverkehr und Dienstleistungen) gute Fortschritte zu verzeichnen. Im Bereich der AG III (Personen) ist der relevante Acquis vollumfänglich festgelegt, während in demjenigen der AG IV (flankierende Massnahmen) die Bestimmung des Acquis teilweise vorgenommen worden ist.

Von der AG I ist die Hauptarbeit geleistet auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung, des öffentlichen Auftragswesens, des geistigen Eigentums und der Produkthaftung. In den andern Bereichen bestehen entweder unvollständige Acquis-Listen (staatliche Beihilfen) oder liegen überhaupt keine solchen vor (Phytosanitär- und Veterinärbereich, Stahl und Kohle).

Im Bereich der AG II ist der relevante Acquis gänzlich (Finanzdienstleistungen), grösstenteils (Kapitalverkehr), teilweise (Telekommunikations-, Informations- und audiovisuelle Dienstleistungen sowie Transportwesen) oder überhaupt nicht (wirtschaftliche und monetäre Zusammenarbeit) festgelegt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich der AG IV, besteht doch vorläufige Einigkeit betreffend des relevanten Acquis für statistische Zusammenarbeit, den Konsumentenschutz, die kleinen und mittleren Unternehmen, Ausbildung, Tourismus und Katastrophenschutz, während die Acquis-Listen für Gesellschaftsrecht, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung sowie Sozialpolitik der näheren Prüfung bedürfen. Für den Bereich des Europa der Bürger und der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion wurden bis anhin keine Listen ausgetauscht.

- 12 Die AG I-IV identifizierten als Problembereiche diejenigen, für die die EFTA-Länder dauernde Ausnahmen oder Uebergangslösungen verlangen und für die noch kein relevanter Acquis bestimmt worden ist oder ein solcher erst im Entwurf oder überhaupt noch nicht vorliegt.

Die AG I hat zwei Hauptkategorien von Problemen identifiziert: höhere Standards der EFTA-Länder (z.B. strengere Umwelt- Sicherheits- und Lärmvorschriften); alte EG-Harmonisierungsrichtlinien (z.B. bei den Traktoren, Messinstrumenten, Druckbehälter). Ueberdies müssen noch rund 50 Einzelfälle im Bereich der technischen Handelshemmnisse näher geprüft werden. Für den erstgenannten Bereich ist noch nicht bestimmt, ob dauernde Ausnahmen oder Uebergangsregelungen verlangt werden. Sonderprobleme bestehen im Veterinär- und Phytosanitätsbereich sowie in demjenigen der staatlichen Beihilfen. Mit Ausnahme von Oesterreich besteht unter den EFTA-Ländern Einigkeit, dass die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EG ausserhalb der EWR-Verhandlungen liegt. Sonderfragen bestehen in bezug auf das Protokoll Nr. 2 betreffend landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse.

Die AG II identifizierte dauernde Ausnahmen oder Uebergangsregelungen im Bereich des Kapitalverkehrs, namentlich für Direktinvestitionen und den Erwerb von Grundstücken, sowie für jenen der Finanzdienstleistungen, hauptsächlich ausländische Kontrolle von Finanzinstitutionen und im Versicherungsbereich. Auf dem Gebiet der Telekommunikations-, Infor-

mations- und audiovisuellen Dienstleistungen besteht das Problem hauptsächlich darin, dass erst Entwürfe von Richtlinien oder lediglich Pläne und Programme vorliegen.

Die AG III identifizierte Begehren für zeitlich nicht befristete Ausnahmen und/oder Uebergangslösungen bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der Niederlassungsfreiheit und der Sozialversicherungssysteme.

Die AG IV ist der Auffassung, dass während einer normalen Uebergangsperiode die Probleme in den folgenden Bereichen zu lösen sind: Statistische Zusammenarbeit, Tourismus, kleinere und mittlere Unternehmen, Konsumentenschutz, Katastrophenschutz, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung. Grössere Probleme bestehen hingegen auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts, namentlich Mitbestimmung und Fusion, des Umweltschutzes (zumeist, aber nicht gänzlich produktebezogen) und der Sozialpolitik.

- 13 Es wurde das Prinzip der Solidarität der EFTA-Länder bekräftigt, wonach Ausnahme- oder Uebergangsregelungen, selbst wenn sie ein einziges Land betreffen, als EFTA-Problem der EG-Seite präsentiert werden. In bezug auf den freien Personenverkehr kam Norwegen freilich unter den Druck Oesterreichs, Islands, Finnlands und Schwedens, weil es neu eine vor allem mit der Arbeitslosigkeit begründete allgemeine Ausnahmeregelung verlangte.
- 14 In bezug auf die Komitologie - es handelt sich hierbei um die Frage der Beteiligung an EG-Ausschüssen, die im Rahmen des EG-Rechts bald eine Verwaltungs-, bald eine regelschaffende Funktion ausüben - wurde von den AG I-IV der enge Zusammenhang mit der Substanz hervorgehoben. In der Diskussion wurde ferner betont, dass die EFTA-Länder eine genauere Haltung in bezug auf den Acquis nur einnehmen können, wenn die Komitologiefrage auch auf der Stufe des EWR in zufriedenstellender Weise gelöst wird.

15 Staatssekretär Blankart beschränkte sich in seiner Darlegung für den Bereich der AG V auf die Beschreibung der Vorstellungen der EG-Kommission zum "decision shaping und decision making", wie sie an der letzten Sitzung der gemeinsamen AG V vorgetragen wurden. Das Kommissionsmodell entspricht in etwa dem klassischen Assoziationsverhältnis. Konsultationen der EFTA-Länder über später auf den EWR ausgedehntes EG-Recht, kein gemeinsames "decision making" ist vorgesehen.

Dieses Modell wurde in der Diskussion von sämtlichen EFTA-Ländern zurückgewiesen. Es wurde beschlossen, am Modell im EFTA-Arbeitspapier vom 21. Februar 1990, ergänzt durch die seitherigen Arbeiten der EFTA-AG V, festzuhalten. Innerhalb der EFTA-Länder besteht nach wie vor Uneinigkeit in bezug auf das Ueberwachungsorgan, da Norwegen und Island ein zwei-Säulen-Modell wünschen, während die übrigen EFTA-Länder für ein gemeinsames Organ plädieren.

Staatssekretär Blankart trat seinen Vorsitz der AG V an Botschafter Krafft ab. Der schwedische Vorsitzende Dinkelspiel dankte auch im Namen seiner Kollegen Staatssekretär Blankart für die ausgezeichnete Arbeit.

2. Die EFTA-HLSG finalisierte sodann den 3. Teil einer EFTA-Plattform betreffend der rechtlichen und institutionellen Fragen und beschloss, die Substanzfragen und die Einleitung der Plattform auf dem schriftlichen Wege zu bereinigen.
3. Was das weitere Vorgehen anbelangt, so wird Schweden diese EFTA-Plattform in einem Gespräch mit der EG-Kommission (EGK) als Grundlage für ein allfälliges gemeinsames Papier der EFTA-Länder und der EGK benutzen.

An der nächsten EFTA-HLSG-Sitzung vom 18./19. März 1990 wird sodann die Frage geklärt, ob ein solches gemeinsames Papier verabschiedet werden soll.

Ueberdies wurde beschlossen, für die nächste informelle Ministertagung der EFTA-Länder vom 2./3. April eine "message" zu formulieren, welche den Standpunkt der EFTA-Länder bezüglich des EWR enthalten soll.

Die Zeit zwischen der nächsten HLSG-Sitzung vom 20. März und dem formellen Verhandlungsbeginn soll vor allem

- zur Information der EG-Mitgliedstaaten und
- der EFTA-internen Vorbereitung der Verhandlungspositionen genutzt werden.

## Bilaterale Wirtschaftsgespräche mit Oesterreich

Am 9. März trafen sich in Zürich Botschafter S. Arioli und Sektionschef Waas (Bundeswirtschaftsministerium) zu einer Runde der periodischen österreichisch-schweizerischen Wirtschaftsgespräche. Wichtigstes Thema war die **Integrationspolitik**. W berichtet, dass die Reaktionen der EG-Kommission und der EG-Mitgliedländer auf das Memorandum, mit dem Oesterreich kürzlich seinen Beitrittsantrag in Erinnerung gerufen hat, durchwegs positiv waren. Der zuständige Kommissionsbeamte Cohen habe es sogar als möglich angesehen, dass der "Avis" der Kommission noch in der ersten Hälfte 1991 fertiggestellt werde. Einzelne Mitgliedländer hätten ~~ein~~ Beginn der Beitrittsverhandlungen auch vor 1993 nicht ausgeschlossen. Die stärkste Zurückhaltung hätte Frankreich gezeigt, was sich jedoch ebenfalls nur in der Bestätigung geäußert habe, dass Beitrittsverhandlungen jedenfalls nicht vor 1993 in Frage kämen. Die Neutralität sei von keiner der angesprochenen Stellen als Beitrittshindernis erwähnt worden.

Trotzdem werde Oesterreich sich aktiv und uneingeschränkt am Brüsseler-Prozess (Exploration und Aushandlung eines EWR-Vertrages) beteiligen. Dabei stehe Oesterreich, wie sich in den letzten Monaten mehr und mehr gezeigt habe, der Schweiz näher als den skandinavischen Ländern. Das ist insofern zutreffend, als Oesterreich - wenn auch offensichtlich aus anderen Gründen - gleich wie die Schweiz vor allem in den institutionellen und rechtlichen Fragen offen eine konsequente Haltung vertritt, während die skandinavischen Länder unter schwedischer Führung aus taktischen Gründen mit Einwänden und Gegenforderungen zurückhalten, um die Fortschritte in den Gesprächen nicht zu hemmen. Im Unterschied zur Schweiz halten die Oesterreicher aber an ihrem Wunsch fest, dass der EWR-Vertrag auch die Zollunion und den gemeinsamen Agrarmarkt einschliessen müsse. Unser Einwand, dass selbst nach Ansicht der EG-Kommission ein solcher Einschluss institutionell nicht zu bewältigen wäre, blieb einmal mehr unbeantwortet. Ebenso ist zu erwarten, dass Oesterreich mit Rücksicht auf sein Beitrittsantrag in der Frage der Ratifizierungsbedürftigkeit von EWR-Entscheidungen sich nicht engagieren wird.

In der Frage des **Verhältnisses der EFTA zu den Ostländern** nimmt Oesterreich verständlicherweise eine positive und offene Haltung ein. Um so bemerkenswerter sind allerdings die Vorstellungen über den Zeitablauf: Die gegenwärtig zur Diskussion stehende Minister-Erklärung über die Zusammenarbeit mit Ungarn werde frühestens an der EFTA-Ministertagung im

---

Juni in Göteborg verabschiedet werden können. Im Herbst wäre dann eine erste Sitzung der vorgesehenen Gemischten Kommission durchzuführen. Im Laufe des nächsten Jahres würde man anfangen, über die Substanz der Zusammenarbeit zu sprechen. Die Ueberlegungen, was diese Substanz ausmachen soll, scheinen auch in Wien noch nicht weit gediehen zu sein. Oesterreich hätte wahrscheinlich keine Bedenken, eine asymmetrische Handelsliberalisierung als Vorstufe eines Freihandelsarrangements, voranzutreiben. Gemeinsamen EFTA-Finanzaktionen - etwa nach dem Vorbild des Portugal- oder Jugoslawien-Entwicklungsfonds - steht man eher ablehnend gegenüber.

Anders als im Verhältnis zur EG sieht Oesterreich in der **Uruguay-Runde** auch in der Frage der Landwirtschaftsverhandlungen übereinstimmende schweizerisch-österreichische Interessen, die innerhalb der EFTA immerhin auch noch von Finnland und teilweise auch von Norwegen geteilt werden.

Das Treffen diene auch der Behandlung einer längeren Liste von **bilateralen Fragen**.

#### 34. Tagung der Kommission über die Rechtsstellung der Frau (Wien, 26. Februar bis 9. März)

Die 34. Tagung der Frauenkommission des ECOSOC fand trotz der in diesem Jahr erfolgten Anhebung ihrer Mitgliedschaft von 33 auf 45 in konstruktiver und speditiver Atmosphäre statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Ueberprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung der **Zukunftsstrategien** für die Förderung der Frau bis zum Jahr 2000, die 1985 an der Weltkonferenz in Nairobi beschlossen worden sind. Zur Verwirklichung des damals gesetzten ambitösen Zieles, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bis zum Jahr 2000 zu erreichen, verabschiedete die Kommission 24 Empfehlungen an die Regierungen zum Thema Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden. Die weitgehend konkreten, z.T. kontroversen Empfehlungen, die allerdings von den Regierungen noch in die Wirklichkeit umzusetzen sind, konnten im Konsensverfahren verabschiedet werden; vorwiegend westliche Staaten brachten zu einzelnen umstrittenen Themen Vorbehalte an: namentlich zum Thema Abrüstung und Entwicklung, soziale Auswirkungen der Verschuldung und Strukturanpassungen sowie der einseitigen Förderung der auf Export ausgerichteten Landwirtschaft und zur Frage der Kontrolle der Darstellung von Gewalt an Frauen in grenzüberschreitenden Kommunikationssystemen.

Aus der Fülle der verabschiedeten Resolutionen ist insbesondere die von den USA eingebrachte Entschliessung über "Mitteilungen betreffend den Status der Frauen" (**Communications**) erwähnenswert, die bei einigen Entwicklungsländern Widerstand hervorgerufen hat. Sie zielt darauf ab, das bestehende Verfahren, das individuelle Mitteilungen von frauenspezifischen Menschenrechtsverletzungen an die Kommission ermöglicht, auszubauen und griffiger zu machen.

Die Kommission hat zu Handen des ECOSOC beschlossen, 1995 wieder eine **Weltkonferenz** durchzuführen, ohne auf die Regelung der finanziellen Fragen einzugehen.

Die **Schweiz**, die Beobachterstatus hat, war erstmals durch eine Delegation vertreten, die sich unter der Leitung von Frau Nationalrätin **Judith Stamm** aktiv an den Arbeiten der Kommission beteiligte.

---

La CONFERENCE MONDIALE SUR L'EDUCATION POUR TOUS - REpondre AUX BESOINS D'APPRENTISSAGE DE BASE, qui s'est tenue à Jomtien, Thaïlande, du 4 au 9 mars 1990, a réuni des représentations de plus de 150 pays, ainsi que de très nombreux représentants des organisations d'aide gouvernementales et non-gouvernementales.

1. Formée à l'initiative de quatre agences, l'UNESCO, l'UNICEF, le PNUD et la Banque Mondiale, la Conférence s'est donnée pour objectifs de sensibiliser les décideurs, agences d'aides, ONG et la communauté internationale sur la situation de l'éducation dans le monde, de proposer une définition réaliste du concept d'éducation pour tous, de susciter de nouveaux engagements envers l'éducation pour tous et de mobiliser de nouvelles ressources. Ce faisant, elle entendait promouvoir la généralisation de l'accès à une école primaire de qualité et au développement d'une éducation des jeunes et des adultes visant à accroître leur participation au développement socio-économique.
2. Dans sa déclaration, le chef de la délégation suisse, l'Ambassadeur Fritz R. Staehelin (SFR), directeur de la DDA, a réaffirmé l'engagement de la Suisse en faveur des pays en développement, en informant qu'elle venait de prendre des mesures visant à accroître, au cours des prochaines années, les fonds destinés à l'aide au développement des pays du Tiers-monde. Il a exprimé son souci, face à la dégradation des services d'éducation de nombreux pays en développement ces dernières années, ainsi que face à la réalité de l'illettrisme en Suisse.

SFR a mis le doigt sur les causes de cette dégradation, qui sont à la fois de nature économique - baisse des revenus des états dans un contexte de crise économique, gestion parfois déficiente des ressources publiques, service de la dette et mesures d'austérité - et de nature démographique et liées à l'inadaptation des systèmes scolaires aux besoins réels de l'ensemble des populations. Il a réaffirmé l'attention que la Suisse accorde aux mesures qui pourront être prises par les pays pour restaurer leur système éducatif. Cette position a par ailleurs été soutenue par la délégation suisse en présentant une série d'amendements aux textes de la Conférence. L'essentiel de ces amendements a été retenu. SFR a souligné l'importance de l'amélioration de la qualité de l'éducation, plutôt que des seuls objectifs quantitatifs, de la nécessité d'adapter les systèmes éducatifs aux conditions socio-culturelles et économiques locales et aux besoins en formation des populations, ainsi que de la nécessité de tirer parti des expériences, échecs ou réussites, passées. Enfin, il a souligné l'importance d'un engagement à long terme, de la part des pays industrialisés et agences d'aide, et ceci sous forme d'appui à des programmes sectoriels d'éducation.

En ce qui concerne le suivi de la Conférence, SFR a pris acte de la volonté des quatre agences de ne pas créer de nouvelles institutions, tout en relevant que ce suivi devrait être réalisé en priorité au sein des pays, et que les conférences internationales devraient offrir le cadre adéquat pour un suivi régional ou international.

3. A ce propos, les quatre agences UNESCO, UNICEF, PNUD et Banque Mondiale ont réaffirmé leur volonté d'assurer ce suivi dans le cadre de leurs propres compétences et en établissant des contacts entre elles pour une revue périodique de l'avancement des travaux. L'UNESCO a offert d'assurer le secrétariat d'un forum consultatif chargé du suivi, auquel pourront participer tous les pays, agences d'aide gouvernementales et non-gouvernementales qui le souhaitent. La première occasion de mise sur pied de ce suivi sera discutée à Jomtien, les 10 et 12 mars 1990, lors du Conseil du BIE, auquel la délégation suisse participera.
4. La délégation suisse a également pris une part active à la Conférence suite à la nomination en tant que Co-Rapporteur Général de la Conférence de l'Ambassadeur F. Nordmann, qui a présidé à ce titre le Comité chargé de la rédaction des amendements. Par ailleurs, elle a participé à l'animation de deux tables rondes sur l'illettrisme en Europe et sur les migrations par la voix de M. Pierre Luisoni, délégué aux affaires internationales de la Conférence des directeurs cantonaux de l'Instruction publique (CDIP).
5. Lors de la séance plénière de clôture, la Conférence a adopté les textes de la Déclaration mondiale sur l'éducation pour tous et du Cadre d'action pour répondre aux besoins éducatifs de base. Les principaux problèmes qui ont été discutés en vue de l'adoption de ces textes ont notamment porté sur la reconnaissance du rôle essentiel joué par les enseignants et sur les mesures à prendre pour la garantie de leur salaire, dans les pays en développement, ainsi que sur le fardeau de la dette, qui ne devrait pas faire obstacle au renforcement de l'éducation de base. En particulier, l'éducation devrait être préservée lorsque sont définies des mesures d'ajustement structurel. Une attention particulière a été également accordée au rôle des femmes, non seulement en tant que bénéficiaires de l'éducation, mais également en tant qu'acteurs dans les secteurs politiques et économiques.
6. L'impression générale, à la fin de la Conférence, est celle d'un succès certain, qui relance les activités en faveur de l'éducation de base et qui accorde une place centrale aux préoccupations sociales et à la promotion des ressources humaines.

### Réunion de la "Task Force for Child Survival"

La "Task Force for Child Survival", créée en 1985, à Bellagio, par l'OMS, l'UNICEF, la Banque Mondiale, le PNUD et la Rockefeller Foundation, s'est réunie pour la 4e fois à Bangkok, du 1er au 3 mars 1990. Les participants étaient des Chefs d'agences bilatérales de développement ou des personnes responsables du secteur santé et enfance de ces organisations, des Ministres de la Santé ou des hauts responsables du Ministère de plusieurs pays en développement, des membres des organisations internationales - le Dr Nakajima de l'OMS, J. Grant de l'UNICEF, W. Draper du PNUD - et des "resource persons" de grande compétence. L'Ambassadeur F.R. Staehelin et Mme Cornaz ont pris part pour la Suisse (DDA).

Si la précédente réunion à Talloires, en 1988, était encore fortement orientée sur la définition d'objectifs spécifiques pour la survie des enfants - notamment la couverture universelle avec les vaccinations du programme élargi de vaccination (PEV ou EPI) -, la récente réunion de Bangkok était marquée par le souci des participants et des organisateurs à la fois d'élargir le champ des préoccupations - notamment en mettant très fortement l'accent sur la santé maternelle - et de mieux tenir compte de l'interdépendance des actions nécessaires pour mieux protéger la santé, de l'interdisciplinarité et de la durabilité (sustainability) des actions, 3 conditions indispensables. Et enfin les participants ont clairement affirmé la nécessité pour les pays concernés de reconnaître leur responsabilité envers la santé de la mère et de l'enfant et de passer à l'action - ne serait-ce qu'en protégeant le budget de la santé et celui de l'éducation et en réorientant les dépenses sur les besoins des groupes les plus vulnérables; ils ont aussi souligné la nécessité pour ces mêmes pays de pouvoir se rendre à même d'assumer leurs responsabilités. La responsabilité des agences de développement n'est pas diminuée pour autant, même si l'accent s'est déplacé.

Les participants ont certainement été le plus "secoués" par le rapport du groupe de travail sur la santé de la femme qui a rappelé ce qui est encore trop souvent ignoré: la santé de la femme dans les pays en développement - et par là celle des enfants qu'elle met au monde - est exposée à des risques très sérieux; ainsi p.ex. la mortalité maternelle est jusqu'à 100 fois plus élevée dans les pays en développement que dans les pays industrialisés; chaque année plus d'un demi-million de femmes meurent suite à la grossesse ou à l'accouchement et presque toutes sont dans les pays en développement.

L'éducation de la femme, de meilleures conditions d'emploi et du travail ménager, une meilleure nutrition et des mesures d'appui social, à côté de soins pré-nataux, des mesures d'hygiène lors de l'accouchement et la prise en charge de grossesses à risque, ainsi que la planification familiale, peuvent contribuer très largement à réduire ces problèmes.

Cette rencontre devait préparer des "messages" pour la "Conférence mondiale sur l'éducation pour tous" à Jomtien. Le principal message était que santé, éducation et développement sont interdépendants et inextricablement liés. Cette rencontre visait surtout à faire un apport pour le "Sommet pour l'enfance" qui aura lieu fin septembre lors de l'Assemblée générale de l'ONU à New York et qui a pour but de faire prendre conscience, aux Chefs d'Etats et aux responsables du plus haut niveau, du fait que du sort des enfants d'aujourd'hui dépendra le monde de demain, et de la nécessité de lutter contre les menaces auxquelles sont confrontés les enfants et d'améliorer leurs conditions de vie et de développement.

D'avance, plusieurs agences de développement se sont montrées peu enthousiastes pour cette quatrième réunion de la "Task Force for Child Survival". Cette rencontre s'est fait l'écho de leurs préoccupations quant à l'approche globale nécessaire et au souci des capacités des pays - ce qui fut aussi une préoccupation de la Suisse exprimée déjà à Talloires. La réunion Bellagio IV à Bangkok a cependant permis de concrétiser la responsabilité politique que nous avons à l'égard des enfants, surtout dans les pays en développement.

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Adresse (für Telex an Dritte)

Ort: \_\_\_\_\_

Priorität: \_\_\_\_\_

Fakture: \_\_\_\_\_

Text erg: \_\_\_\_\_

F.I. \_\_\_\_\_

Absender: \_\_\_\_\_

Seite/Nr. \_\_\_\_\_

Presse und Info

1

Ja \_\_\_\_\_ Nein \_\_\_\_\_ Norm. \_\_\_\_\_ Dring. \_\_\_\_\_ Flash \_\_\_\_\_

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

wochentx

\*\*\*

Informations hebdomadaires rapides no 11/90 du 12.03.90

1) Besuch Staatssekretaer Jacobi in Buenos Aires, 6.3.1990

2) Besuch Staatssekretaer Jacobi in Montevideo, 8.3.1990

1 ) Besuch Staatssekretaer Jacobi in Buenos Aires, 6.3.1990

JAC fuehrte am 6.3. einen umfassenden Tour d'horizon politique mit seinem Gegenueber, Staatssekretaer Mario Campora. JAC wurde ebenfalls von Aussenminister Cavallo und Praesident Menem zu einem substantiellen Gespraech empfangen. Weitere Kontakte mit Vertretern von Parlament, Verwaltung und Wirtschaft (inkl. schweizerische Wirtschaftsvertreter) ergaben sich anlaesslich zweier offizieller Essen und einem Empfang in der Residenz fuer die Vertreter der Schweizerkolonie.

Die Gespraeche waren ueberschattet von der sich drastisch zuspitzenden Wirtschaftskrise, die das politische Geschehen dominiert und die Zukunft der Regierung Menem als ungewiss erscheinen laesst.

12.03.1990

30 66

Referenzen und Initialen  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Adresse für Telex an Dritte  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Ordnung \_\_\_\_\_ Priorität \_\_\_\_\_ Fatura \_\_\_\_\_ Text erg \_\_\_\_\_ F. \_\_\_\_\_

Abseender \_\_\_\_\_ Sendeort \_\_\_\_\_

Ja \_\_\_\_\_ Nein \_\_\_\_\_ Norm. \_\_\_\_\_ Dring. \_\_\_\_\_ Flash \_\_\_\_\_

2

Empfängercode \_\_\_\_\_ Empfängercode \_\_\_\_\_ Empfängercode \_\_\_\_\_ Empfängercode \_\_\_\_\_ Empfängercode \_\_\_\_\_ Empfängercode \_\_\_\_\_

Die wichtigsten Themen bei allen Diskussionen waren:

- Die Wirtschaftskrise und die Lage der Nation (die Regierung Menem hatte am 4.3. ein drastisches Wirtschaftspaket, das auch Notstandsmassnahmen umfasst, erlassen).
- Die argentinische Regierung bekennt sich klar zur lateinamerikanischen und weltweiten Integration, zur Oeffnung der Wirtschaft nach aussen und zur Abkehr von einer (wirtschaftlichen) Isolierung.
- Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Grossbritannien (das Mandat wurde am 28.2.90 formell zurueckgegeben), grosser Dank an die Schweiz fuer langjaehrige Interessenvertretung und Unterstuetzung der Annaeherung.
- Die Schweiz geniesst in Argentinien ausgesprochen viel Goodwill, entsprechende Bedeutung wird von argentinischer Seite der schweizerischen Beurteilung ihrer (Wirtschafts)Lage beige-messen.
- Bilateral steht der (moeglicherweise baldige) Abschluss eines Investitionsschutzabkommens im Vordergrund, das erste derartige Abkommen fuer Argentinien. Man verspricht sich damit einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (vertrauensbildend fuer Investoren).

Beur \_\_\_\_\_

Visum \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Referenzen und Initialen \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Adresse für Telex an Dritte) \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Chiffriert	Privat	Faktura	Text etc	Fi	Absender	Seite Nr.
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Rash		3
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

JAC stellte folgendes in den Mittelpunkt:

- Die Schweiz ist - trotz oder gerade wegen - der Europaprioritäten entschlossen, die Beziehungen mit Ueberseestaaten nicht zu vernachlaessigen, sondern weiter zu intensivieren.
- Die Schweiz begruesst die grossen Fortschritte Lateinamerikas zur Demokratisierung.
- Die Schweiz begruesst grundsatzlich das umfassende Wirtschaftsreformprogramm der Regierung Menem und ist, wo moeglich auch zur punktuellen Hilfeleistung bereit, namentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z.B.: Investitionsschutzabkommen, spaeter evtl. Doppelbesteuerungsabkommen, Aushandlung eines 3. Umschuldungsabkommens im Rahmen des Club de Paris.

2) Besuch Staatssekretaer Jacobi in Montevideo, 8.3.1990

Zweite Etappe der Lateinamerikareise von Staatssekretaer Jacobi war Montevideo, wo er am 8. Maerz Gespraechе mit Aussenminister Hector Gros Espiell, Wirtschafts- und Finanzminister Enrique Braga und dem Staatssekretaer im Aussenministerium, Eduardo Mezzera, fuehrte. Weitere Kontakte mit Vertretern der Verwaltung ergaben sich an einem von Botschafter Rial offerierten Mittagessen.

\_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Referenzen und Inhalte  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Adresse (für Telex an Dritte)  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Geformt \_\_\_\_\_ Priorität \_\_\_\_\_ Faksimile \_\_\_\_\_ Text erg. F.I. \_\_\_\_\_ Absender \_\_\_\_\_ Seite-Nr. \_\_\_\_\_

4

Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Diese Gespräche stellten eine erste Kontaktnahme mit der neuen Regierung von Praesident Lacalle dar, die nach dessen Amtseinsetzung am 1. Maerz 1990 erst vor wenigen Tagen die Arbeit aufgenommen hatte. Mit dem Regierungswechsel von den Colorados zu den Blancos (d.h. Nationalpartei) wurden nicht nur alle Regierungsmitglieder ausgewechselt, sondern auch die ganze Spitze der Verwaltung.

Mit Gros Espiell hat ein aeusserst erfahrener und gewiegter Diplomat das Aussenministerium uebernommen (frueher Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretaers fuer die West-Sahara und jetzt Kandidat fuer die im Herbst 1990 stattfindende Wahl eines Richters in den Internationalen Gerichtshof).

Die Liberal/konservative Regierung Lacalle, welche die Colorado-Partei als Junior-Koalitionspartner in die Regierung aufnehmen musste, hat sich mit einem umfassenden Wirtschaftsreform-Programm, das eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung des uruguayischen Wirtschafts- und Staatsapparates anstrebt, ein ambitioeses Ziel gesetzt, ein angesichts des traditionellen uruguayischen Konzepts des "Versorgerstaates", der gegenwaertigen Wirtschaftskrise (wenn auch nicht im Ausmass Argentinien's Inflation) und der recht starken Opposition, nicht leichtes Unterfangen.

JAC unterstrich das schweizerische Interesse an einer Ver-

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Referenzen und Inhalt:

Adresse (für Telex an Dritter)

Chiffriert  Plakat  Faxture  Texttelex  R.I.

Absender  Seite-Nr.

Ja  Nein  Warn. Dring.  Flash

5

Empfängercode  Empfängercode  Empfängercode  Empfängercode  Empfängercode  Empfängercode

tiefung der Beziehungen zu Lateinamerika, trotz Europaprioritaeten, und begriesste wie in Buenos Aires die Bemuehungen auch der hiesigen Regierung um Liberalisierung, Privatisierung der Wirtschaft und Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen fuer Investitionen. Die Regierung will das 1988 unterzeichnete, aber vom Parlament noch nicht ratifizierte bilaterale Investitionsschutzabkommen moeglichst rasch zur Ratifikation bringen.

Bilaterale Beziehungen insgesamt sehr gut und ohne spezielle Probleme.

Uruguay spielt weiterhin eine aktive Rolle in der lateinamerikanischen Konsultationsgruppe der '88', deren Sekretariat derzeit von Peru gefuehrt wird. Naechstes AM-Ministertreffen am 29./30. Maerz in Mexico, wo ueber Erweiterung der Achtergruppe um Chile, Bolivien, Equador und Paraguay diskutiert werden wird (Uruguay positiv, aber Konsens notwendig). Weitere G-8-Treffen auf Aussenministerebene: mit EG (10.4. in Dublin), und als Premiere mit osteuropaeischen Laendern, inkl. Jugoslawien, evt. auch UdSSR (12.4. in Budapest). J.C.A. Staehelin.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

*Staehelin*

13.03.1990

i. A. 22.14.7.3.

Interne Verteilerliste

Betrifft: IH + DP 11/90 vom 12.03.1990

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

./.

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädorsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134

- Seeschiffahrtsamt, Basel

- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP